



Herrn Landrat  
Theo Melcher

per Email

**Betreff: Anfrage zur Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kreistages am 17.03.2025**

Sehr geehrter Herr Landrat,

In der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Kreistages am 17.03.2025 werden zum Tagesordnungspunkt 13 folgende Aussagen festgehalten:

„....Beschluss: Die Haushaltssatzung des Kreises Olpe für das Haushaltsjahr 2025 und der dazugehörige Haushaltsplan (Produktplan) mit seinen gesetzlichen Bestandteilen und Anlagen wird in der Fassung des am 16.12.2024 eingebrachten Entwurfs und unter Berücksichtigung der in der Anlage 1 beigefügten Veränderungsnachweisung unter Einschluss des CDU-Antrags betr. Festlegung Höhe des Gesamthebesatzes 2025 der Kreisumlage auf die Höhe des Gesamthebesatzes von 2024 durch Kürzung des Haushalts um 1 Mio. € globaler Minderaufwand und zusätzliche Entnahme aus der Ausgleichsrücklage sowie Streichung der Haushaltsstelle 5318072 – Studienpreis – in Höhe von 4.000 € beschlossen.“

28 Ja-Stimme(n), 17 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)“

Dazu haben wir folgende Anmerkungen:

Nach unserer Wahrnehmung wurde in der Sitzung des Kreistages nur über den Änderungsantrag der CDU abgestimmt, nicht jedoch über den Haushalt als Ganzes. Diese Wahrnehmung wird durch folgende Erkenntnisse zusätzlich gestützt:

1. Die Anträge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD wurden separat behandelt, d.h. nicht als Einschluss in den Gesamthaushalt. Eine andere Behandlung des CDU Antrags wäre nicht nachvollziehbar gewesen, da sie eine Ungleichbehandlung der verschiedenen Fraktionen dargestellt hätte.
2. Eine Zusammenführung der Abstimmung über den CDU-Antrag mit der Abstimmung über den Gesamthaushalt hätte denjenigen Mitgliedern des Kreistags, die gegen den Fraktionsantrag der CDU gestimmt haben, jedoch dem – nunmehr geänderten – Gesamthaushalt dennoch zustimmen wollten, diese Möglichkeit verbaut.
3. Umgekehrt hätten die Mitglieder des Kreistags, die zwar für den Änderungsantrag der CDU gestimmt haben, den Gesamthaushalt jedoch ablehnen wollten, diese Möglichkeit nicht mehr gehabt.



4. Allgemein ist es im demokratischen Verfahren üblich und auch notwendig, zunächst Änderungsanträge zu behandeln und über sie abzustimmen, um dann am Ende die, durch erfolgreiche Anträge geänderte, Gesamtvorlage per Schlussabstimmung zu beschließen. Auch im Kreistag Olpe wird normalerweise so vorgegangen.

Aus unserer Sicht liegt darin ein Verfahrensfehler, der uns leider auch erst mit dem Protokoll aufgefallen ist.

In der Konsequenz wäre damit der Gesamthaushalt aus unserer Sicht nicht ordnungsgemäß beschlossen.

Daher unsere Fragen:

Auf welcher gesetzlichen oder verfahrensrechtlichen Basis wurden der CDU-Antrag und der Antrag über den Gesamthaushalt **gemeinsam** zur Abstimmung gebracht?

Gibt es ähnliche Präzedenzfälle, bei denen im Kreistag in gleicher Weise verfahren wurde?

Muss die Abstimmung wiederholt werden, wenn wir gegen das Verfahren Einspruch erheben?

Olpe, den 07.04.2025

Mit freundlichen Grüßen

  
Klaus Heger

  
Rainer Uta